Deutscher Bundestag **Drucksache 13/3024**
13. Wahlperiode 17. 11. 95

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 22. November 1995

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

1. Abgeordneter **Steffen Tippach** (PDS)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Äußerung des türkischen Verteidigungsministers gegenüber einer Delegation des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, man müsse Verständnis dafür haben, daß „zum Schutz gegen Terroristen" auch aus Deutschland gelieferte Panzer eingesetzt werden müssen?

2. Abgeordneter **Steffen Tippach** (PDS)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der ebenfalls vom türkischen Verteidigungsminister gegenüber der Delegation des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages gemachten unmißverständlichen Aussage, daß 1992 in Cizre mit einem deutschen Panzer (Typ BTR-60) aus ehemaligen NVA-Beständen eine Leiche aus dem Weg geräumt worden sei, um zu prüfen, ob darunter nicht eine Mine versteckt gewesen sei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter **Dr. Günther Maleuda** (PDS)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die von der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) mit solchen Werbesprüchen wie „Ich mag es scharf", „Ich mag es am liebsten mit jungen Gemüsen" durchgeführte Werbekampagne, und welchen Einfluß nimmt sie darauf, daß mit nachweisbarer Qualität, der regionalen Herkunft und gesunder Ernährung geworben wird?

4. Abgeordnete **Heidemarie Wright** (SPD)

Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um das offensichtliche Innovationsdefizit bei der Röstung und Weiterverarbeitung von Hanf auszugleichen, und welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Wettbewerbsnachteile, die infolge des jahrelangen Anbauverbotes für die deutschen Landwirte entstanden sind, aufzuholen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

5. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Welche Auswirkungen hat es nach Einschätzung der Bundesregierung für schwerstbehinderte Menschen, daß Zivildienstleistende ab 1. Januar 1996 die individuelle Schwerstbehindertenbetreuung nicht mehr übernehmen können, da durch Erlaß des zuständigen Bundesministeriums keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Beschwerden der Betroffenen und ihrer Verbände, daß durch diese Entscheidung die Qualität der individuellen Betreuung schlechter wird, weil die Pflegekassen zwar die Pflegeleistungen, nicht aber die weitere Betreuung der Menschen finanzieren?

6. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie will die Bundesregierung nach dem Auslaufen der Sonderprogramme für die neuen Bundesländer mit dazu beitragen, daß in der Jugendarbeit von Verbänden und Kommunen mehr personelle Kontinuität und Stetigkeit einkehren kann, da durch die jetzigen Regelungen der Förderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz eine große Fluktration der pädagogischen Fachkräfte festzustellen ist, was für den Aufbau persönlicher Kontakte, die für eine erfolgreiche Jugendbetreuung von größter Bedeutung sind, schädlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

7. Abgeordneter **Konrad Kunick** (SPD)

Wie will die Bundesregierung den Lebensraum der heute noch unverbauten Donau zwischen Straubing und Vilshofen erhalten, zu dem auch der Durchfluß der bisherigen Wassermengen gehört, wenn für den Schiffsverkehr ein Seitenkanal gebaut wird?

8. Abgeordneter **Konrad Kunick** (SPD)

Welchen Stand haben die Überlegungen der Bundesregierung zur Neuregelung der Ausbildung in der Seeschiffahrt erreicht?

9. Abgeordneter **Wolfgang Zöller** (CDU/CSU)	Was unternimmt die Bundesregierung, um den Kompetenzstreit zwischen Bund und Land bezüglich der Verlegung der B 8 bei Erlenbach dergestalt zu beenden, daß die Frage der Zuständigkeit rechtsverbindlich geklärt und festgelegt wird?
10. Abgeordneter **Wolfgang Zöller** (CDU/CSU)	Welche rechtlichen Möglichkeiten stehen der Bundesregierung zur Verfügung, insbesondere nachdem der Bundesrechnungshof mehrfach einen unbefriedigenden Fortgang der seit 1987 laufenden Abstufung autobahnparalleler Bundesfernstraßen festgestellt hat, den Vollzug der Abstufungsmaßnahmen durchzusetzen, und welche Konsequenzen hinsichtlich der Baulast ergeben sich bei einem Fehlen des rechtlichen Instrumentariums?
11. Abgeordneter **Walter Schöler** (SPD)	Kann die Bundesregierung den Artikel in der Wirtschaftswoche Nr. 45 vom 2. November 1995, S. 11, „Etwas gönnen", bestätigen, wonach der Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, mit einem Dutzend Beamten, Managern und Journalisten einen viertägigen Ausflug ins Alte Rußland durchführte, wobei es sich bei dieser Reise in erster Linie um ein touristisches Programm handelte, und welchen politischen Hintergrund hatte diese Reise?
12. Abgeordneter **Walter Schöler** (SPD)	Welche Kosten hat die viertägige Reise mit dem Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, nach Petersburg (Artikel „Etwas gönnen" in der Wirtschaftswoche Nr. 45 vom 2. November 1995, S. 11) verursacht, und wer hat die Reise einschließlich der Hotelunterkünfte und des touristischen Rahmenprogramms finanziert?
13. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)	Kann die Bundesregierung Zeitungsmeldungen bestätigen, daß im Rahmen der Sparmaßnahmen zur Deckung des Haushaltslochs 1996 die Mittel für den Bundesfernstraßenbau erheblich gekürzt werden sollen, und wenn ja, in welchem Umfang?
14. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)	Auf welche Weise will die Bundesregierung einer Benachteiligung des Münsterlandes auf dem Gebiet des Straßenbaus begegnen – angesichts der vorgesehenen Etatkürzungen und des möglichen Baustopps für die B 70 Neuenkirchen und die B 58 Lüdinghausen/Seppenrade?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

15. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Wird die Bundesregierung in der Europäischen Union darauf hinweisen, daß sich die slowakische Regierung über ihre Selbstverpflichtung hinwegsetzt, wenn sie das Atomkraftwerk Mochovce unter westlichen Sicherheitsstandards fertigstellen will und gleichzeitig das Atomkraftwerk Bohunice entgegen ursprünglichen Zusagen nicht vom Netz nimmt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Schließung von Bohunice auch ohne die Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce zu verwirklichen?

16. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die von der Slowakischen Republik zugesagte Schließung des in Betrieb befindlichen slowakischen Atomkraftwerks Bohunice zeitgleich mit der Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce vorgenommen wird, und bis zu welchem Zeitpunkt soll die Schließung des Atomkraftwerks Bohunice abgeschlossen sein?

17. Abgeordnete **Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie reagiert die Bundesregierung auf den Rückzug des Projektantrages durch die slowakische Regierung bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung für das Atomkraftwerk Mochovce im Hinblick auf eine mögliche Fertigstellung unter westlichen Sicherheitsstandards?

18. Abgeordnete **Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verfügt die Bundesregierung außer einer Erklärung der slowakischen Regierung über Garantien, daß das Atomkraftwerk Mochovce mit westlichen Sicherheitsstandards fertiggestellt wird?

19. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung Kritik an den gesetzgeberischen Maßnahmen zur Eindämmung der Überschwemmungsgefahr an den großen Flüssen wie Rhein und Mosel, von denen insbesondere die Beschlüsse zum Wasserhaushaltsgesetz von Umweltschutzverbänden als unzureichend abgelehnt worden sind, und wie reagiert sie auf die Forderung der Landesregierung von

Rheinland-Pfalz nach Einbeziehung des Hochwasserschutzes in die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern, zumal sich der Bund im Sinne des Artikels 91a Abs. 1 Nr. 3 des Grundgesetzes auch zur finanziellen Beteiligung am Küstenschutz bereit erklärt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

20. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung bislang ihre aus dem Berlin/Bonn-Gesetz hervorgehende Verpflichtung erfüllt, internationale und supranationale Einrichtungen in Bonn anzusiedeln, und wie begründet sie ihre Haltung, wonach der Bund im Zuge der Ausgleichsleistungen für die Region Bonn keine Mittel für die Ansiedlung internationaler und supranationaler Einrichtungen zur Verfügung stellt?

21. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

In Anbetracht der öffentlichen Forderung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, nach einem Umzug des Bundesrates nach Berlin frage ich die Bundesregierung, ob diese eine Verpflichtung anerkennt, im Gegenzug zu einer solchen durch den Bundeskanzler geforderten Entscheidung, ein weiteres Bundesministerium in Bonn zu belassen oder andere gleichwertige Einrichtungen nach Bonn zu verlagern?

22. Abgeordneter **Rolf Kutzmutz** (PDS)

Wie beurteilt die Bundesregierung die dramtische Entwicklung bei Räumungsklagen aus Mietwohnungen in den sechs östlichen Bundesländern (z. B. eine Steigerung um 112 Prozent in der Stadt Leipzig) und das daraus resultierende Ausmaß an Wohnungs- und Obdachlosigkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

23. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Angaben kann die Bundesregierung angesichts der Meldung der „Wirtschaftswoche" (Nr. 44/95 vom 25. Oktober 1995, S. 125), wonach Angehörige der Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) die betriebsinterne Personenschutzgruppe der Firma AEG trainieren, über den

grundsätzlichen Wahrheitsgehalt dieser Information, über die Zahl der dort und anderswo ähnlich tätigen Grenzschutz-Mitarbeiter, über die jeweilige Zeitdauer ihrer Nebenbeschäftigung und der dafür notwendigen Genehmigungen sowie über die beteiligten Unternehmen machen, und – wenn Grenzschutz-Mitarbeiter tatsächlich derart tätig sind – wann wird die Bundesregierung dazu etwa erteilte Nebentätigkeitsgenehmigungen widerrufen?

24. Abgeordnete **Amke Dietert-Scheuer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Angaben kann die Bundesregierung machen über die Zahl nicht visapflichtiger Drittstaatsangehöriger, denen seit Inkrafttreten des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) die Einreise nach Deutschland oder in andere Mitgliedstaaten – insbesondere mangels ausreichender Geldmittel – jeweils verweigert wurde, und in welcher Weise wollen die Bundesregierung sowie die anderen Schengener Mitgliedstaaten die betroffenen Drittstaatsangehörigkeiten künftig vor Reiseantritt zweckmäßiger über die Auslegung der Einreisebestimmungen – wie z. B. das Erfordernis ausreichender Finanzausstattung – informieren?

25. Abgeordnete **Amke Dietert-Scheuer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß der indonesische Forschungsminister B. J. Habibie auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, so daß er gemäß § 7 Abs. 2 des Strafgesetzbuches grundsätzlich der deutschen Strafgewalt unterläge, und teilt sie die Auffassung, daß einer Auskunft über die Staatsangehörigkeit des Ministers keine überwiegenden Datenschutzgründe entgegenstehen, da es sich bei ihm um eine Person des öffentlichen Lebens handelt?

26. Abgeordneter **Rolf Schwanitz** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf Hinweise auf Trainingslager der kriminellen Organisation „Garde" in Rumänien, und was weiß sie über Verbindungen dieser „Tresorknackerbanden" zu Angehörigen des ehemaligen Geheimdienstes „Securitate" und zu höchstgestellten Persönlichkeiten des rumänischen Staates?

27. Abgeordneter **Rolf Schwanitz** (SPD)

Was tut die Bundesregierung, um Rumänien dazu zu veranlassen, den „Kriminalitätsexport" zu unterbinden, bei dem kriminelle Banden in Rumänien systematisch ausgebildet und mit falschen Papieren versorgt werden, um sie für brutale Einbruchsserien nach Deutschland einzuschleusen?

28. Abgeordneter **Johannes Singer** (SPD)

Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß im Jahre 1992 ein sogenannter kontrollierter Transport vom Bundeskriminalamt in der von Sicherheitskreisen als ungewöhnlich hoch bezeichneten Menge von 30 Tonnen Drogen in die Niederlande erfolgte (siehe dpa-Agenturmeldung vom 8. November 1995)?

29. Abgeordneter **Johannes Singer** (SPD)

Finden nach wie vor sogenannte kontrollierte Transporte vom Bundeskriminalamt in vergleichbar großer Menge statt, und prüft die Bundesregierung derzeit Alternativen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

30. Abgeordnete **Ina Albowitz** (F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob für die staatlichen Organe der ehemaligen DDR Haftpflichtversicherungsschutz bestand, und könnten deshalb Impfopfer aus der ehemaligen DDR die Frage des eventuellen Bestehens von zivil- oder staatshaftungsrechtlichen Schadenersatzansprüchen in Prozessen gegen die Staatliche Versicherung der DDR in Abwicklung verbindlich klären?

31. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich die Diskrepanz zwischen Renten- und Pensionsbesteuerung seit 1980 verdreifacht und sich durch das Jahressteuergesetz 1996 weiter vergrößert hat?

32. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Wie reagiert die Bundesregierung auf den Vorwurf, daß sie einer verfassungskonformen Pensionsbesteuerung entgegengewirkt habe (siehe Äußerung des Ehrenvorsitzenden des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen [BRH] in der Deutschen Steuerzeitung Nr. 8/1995 vom 15. April 1995)?

33. Abgeordneter **Rolf Kutzmutz** (PDS)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß ausgerechnet die bundeseigene Treuhand Liegenschaftsgesellschaft mbH (TLG) bei Mieterhöhungen nach dem Mietenüberleitungsgesetz nur dort zu einer geringeren Mieterhöhung von 10 Prozent anstatt 15 Prozent bereit ist, wo sowohl Zentralheizung als auch Bad fehlen (siehe dpa-Meldung im Neuen Deutschland vom 26. Oktober 1995)?

34. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie umfangreich das Geldguthaben ist, das die nigerianische Oberschicht ins europäische Ausland transferiert hat, und welcher Anteil davon befindet sich derzeit auf den Konten deutscher Banken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

35. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Wird die Bundesregierung gegenüber der Russischen Föderation klarstellen, daß es inakzeptabel ist, wenn diese die Slowakische Republik bei der Fertigstellung des Atomkraftwerks Mochovce mit Krediten im Ausmaß von 80 Mio. US-Dollar unterstützt und andererseits weiterhin westliche Wirtschaftshilfe, auch von Deutschland, erhält, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Verpflichtung der Slowakei, gleichzeitig Nuklearbrennstoff aus Rußland zu beziehen, was die Slowakei in ein direktes Abhängigkeitsverhältnis bringen würde?

36. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Ist der Bundesregierung bewußt, daß sie im Falle der Bewilligung eines Hermes-Lieferkredites für die Firma Siemens zur Fertigstellung des Atomkraftwerkes Mochovce gegen die Interessen Österreichs handelt, und wie würde sie eine solche Vergabe gegenüber Österreich rechtfertigen?

37. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Wie ist die deutsch-nigerianische militärische Zusammenarbeit von 1960 bis heute verlaufen, und in welchem Umfang (Waffensysteme und Wert der gelieferten Güter) sind aus der Bundesrepublik Deutschland Waffen bzw. Dual-use-Güter an Nigeria verkauft worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

38. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine wirksame Bekämpfung von illegaler Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer entscheidend von den Kontrollmöglichkeiten und Kontrollkapazitäten, insbesondere der mit der Erteilung von Arbeitserlaubnissen befaßten Dienststellen, abhängig ist?

39. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für ausreichend, daß in zahlreichen Arbeitsämtern lediglich ein bis zwei Planstellen vorhanden sind, die mit der Kontrolle von illegaler Beschäftigung bzw. der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer betraut sind?

40. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

In welcher Höhe haben die Berufsgenossenschaften in den letzten Jahren für Gutachten, Anwalts- bzw. Gerichtskosten usw. im Zusammenhang mit juristischen Auseinandersetzungen bei der Bewilligung von Berufsunfähigkeitsrenten Finanzmittel aufgewendet?

41. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Wie viele Berufsunfähigkeitsrenten sind in den letzten Jahren ohne eine juristische Auseinandersetzung bewilligt worden, und welchen Anteil machen diese an allen Bewilligungen (also unter Einschluß solcher, bei denen ein juristischer Konflikt vorlag) aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

42. Abgeordnete **Verena Wohlleben** (SPD)

Ist dem Bundesminister der Verteidigung die Allgemeine „Empfehlung zur Formulierung von Rechtsvorschriften" und insbesondere die „Wortwahl in Gesetzen und Verordnungen, 1.2 Maskuline und feminine Personenbezeichnung", veröffentlicht im Bundesanzeiger vom 9. Oktober 1991, bekannt?

43. Abgeordnete **Verena Wohlleben** (SPD)

Kommen diese Empfehlungen im Bundesministerium der Verteidigung zur Anwendung, und beabsichtigt der Bundesminister der Verteidigung, diese Empfehlungen auch in Veröffentlichungen seines Hauses außerhalb von Gesetzen und Rechtsvorschriften zu berücksichtigen, um zu vermeiden, daß z. B. wie in „Bundeswehr aktuell" vom 7. November 1995 die Soldatin Tina Möhring als „Sanitäter" und „Gefreiter" bezeichnet wird, und Soldatinnen der Bundeswehr zukünftig generell in der weiblichen Form ihres Dienstgrades und ihrer Truppengattung angesprochen werden?

44. Abgeordneter
Ernst Kastning
(SPD)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß im Falle eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr Soldaten aus den neuen Bundesländern künftig keine geringeren Bezüge erhalten als Soldaten aus den alten Bundesländern?

45. Abgeordneter
Ernst Kastning
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen einer am 14. November 1995 vom Sprecher des Bundesministeriums der Verteidigung, Hans-Dieter Wichter, abgegebenen Erklärung „eine Meldung, wonach Berufs- und Zeitsoldaten aus den neuen Bundesländern auch bei einem Einsatz im früheren Jugoslawien 84 Prozent der ‚Westbezüge' erhalten sollen, ist unzutreffend" und der in einem Interview mit dem Deutschlandradio-Berlin am 15. November 1995 von der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung, Michaela Geiger, getroffenen Aussage, wonach „wir versuchen, eine Regelung zu finden, daß dies nicht vorkommt", von der die Parlamentarische Staatssekretärin auf Nachfrage „noch nicht sagen" konnte, wie diese aussehen werde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

46. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem Umstand ziehen, daß es die VN-Betäubungsmittelkommission des wirtschafts- und sozialpolitischen Rats der VN (ECOSOC) auf ihrer 38. Sitzung vom 14. bis 23. März 1995 in Wien in der mit den Stimmen der deutschen Delegierten verabschiedeten Resolution E/CN.7/L.1/Add. 5 es für notwendig erachtet hat, eine multidimensionale Untersuchung über die Coca-Pflanze als solche – etwa hinsichtlich ihrer tradierten Verwendung, gesundheitlichen Unbedenklichkeit und ihrer Vermarktungsbedingungen – durchzuführen, und wann wird die Bundesregierung insbesondere die Einsetzung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe bei der besagten VN-Kommission zur Durchführung einer solchen Studie beantragen?

47. Abgeordneter
Horst Sielaff
(SPD)

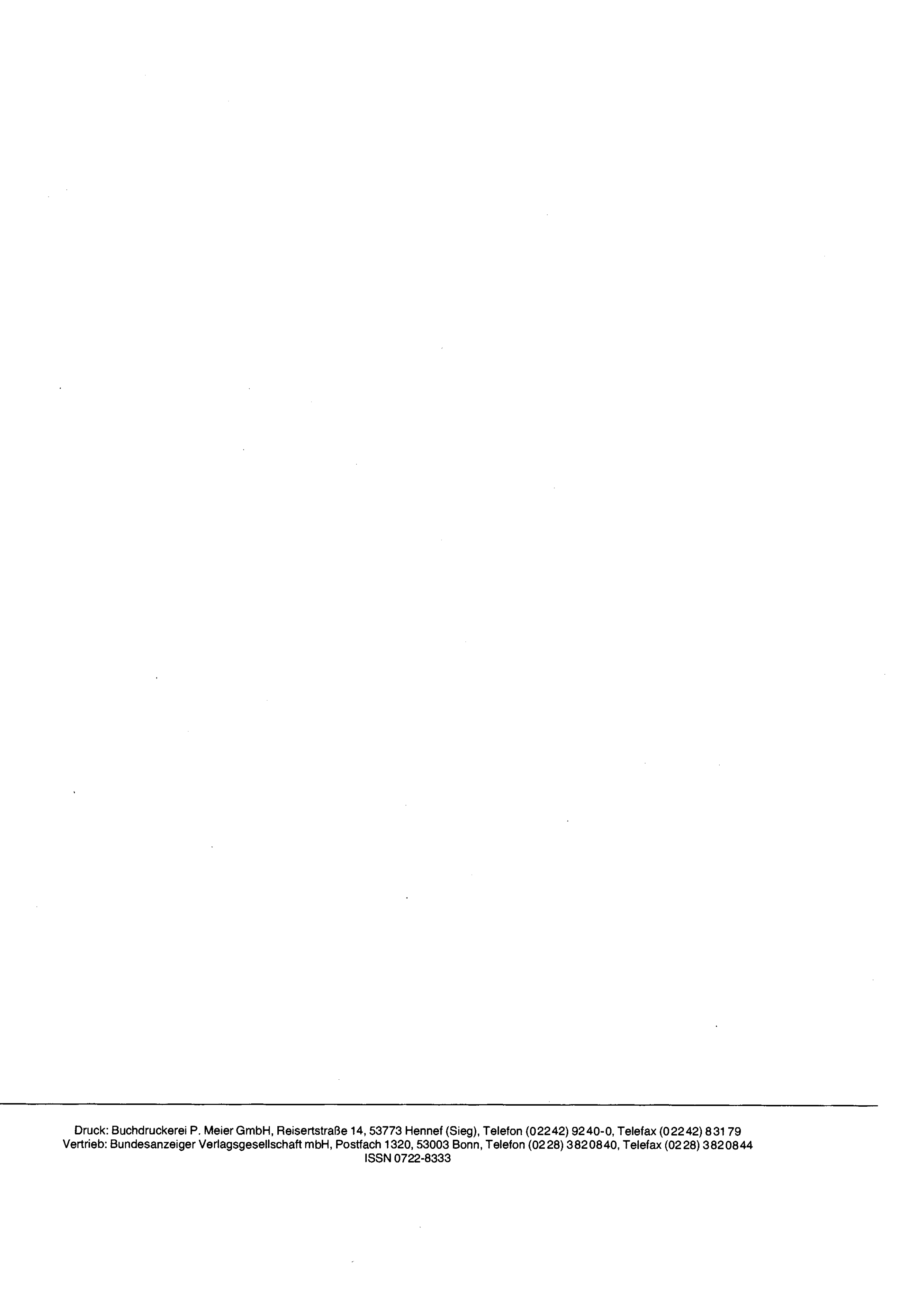
Hält die Bundesregierung an ihrem Plan fest, für die Genehmigung des Anbaus von Nutzhanf eine Bearbeitungsgebühr von 300 DM von den anbauwilligen Landwirten zu verlangen, und stehen

derartige Pläne in Einklang mit den vielfachen Beteuerungen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, sich für den Hanfanbau einzusetzen?

48. Abgeordnete **Heidemarie Wright** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung eine konkrete Entscheidung über die Zulassung von Nutzhanf bekanntgeben angesichts der Tatsache, daß im März ausgesät werden und der Landwirt Handlungssicherheit haben muß?

Bonn, den 17. November 1995



Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 382 08 40, Telefax (0228) 382 08 44
ISSN 0722-8333